

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und
Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuß)**

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Manuel Kiper,
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Simone Probst und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/8857 –**

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Manuel Kiper, Simone Probst und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 13/7225, 13/8636 –**

Förderung von Forschung und Entwicklung in der Informationstechnik

A. Problem

Das Förderkonzept der Bundesregierung im Bereich der Informationstechnik wird kritisiert. Es werden Vorschläge zur Neuorientierung und Neugestaltung dieses Förderkonzepts gemacht.

B. Lösung

Der Antrag wird abgelehnt, weil nach Ansicht der Mehrheit im Ausschuß einige Behauptungen im Antrag falsch sind und den meisten vorgeschlagenen Zielsetzungen und Maßnahmen für eine Förderung der Informationstechnik nicht zugestimmt werden kann. Dabei wird auch auf das kürzlich veröffentlichte neue Förderprogramm der Bundesregierung zur Informationstechnik „Innovationen für die Wissensgesellschaft“ hingewiesen.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

den Entschließungsantrag – Drucksache 13/8857 – abzulehnen.

Bonn, den 14. Januar 1998

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Doris Odendahl
Vorsitzende

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Berichterstatter

Jörg Tauss
Berichterstatter

Dr. Manuel Kiper
Berichterstatter

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Martin Mayer (Siegersbrunn), Jörg Tauss, Dr. Manuel Kiper, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann und Wolfgang Bierstedt

I. Überweisung

Die Vorlage – Drucksache 13/8857 – wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 200. Sitzung der 13. Wahlperiode am 30. Oktober 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Im Entschließungsantrag werden Zielsetzungen und Schwerpunkte für ein neues Förderprogramm der Informationstechnik angegeben und das bisherige Förderkonzept der Bundesregierung in diesem Bereich kritisiert. Beispielsweise wird gefordert, daß die Grundlagenforschung im Vergleich zur angewandten Forschung einen größeren Stellenwert erhält. Forschungs- und Unternehmensförderung sollten voneinander getrennt werden. Die Software-Technologie sollte im Vergleich zur Mikroelektronik stärker gefördert werden. Die Organisation der Forschung und die Durchführung von Förderprogrammen sollten intensiver evaluiert werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Entschließungsantrag in seiner 73. Sitzung am 14. Januar 1998 beraten. Er empfiehlt mehrheitlich, den Entschließungsantrag abzulehnen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS gefaßt.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuß

Der Vertreter der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont, daß dieser Schwerpunkt bundespolitischer Forschungsförderung einer gründlichen parlamentarischen Begleitung bedürfe. Darum bemühe sich seine Fraktion durch ihre Anfragen an die Bundesregierung und ihre Anträge im Deutschen Bundestag zum Bereich Informations- und Kommunikationstechnik. Im vorliegenden Antrag würden die Konsequenzen aus 25 Jahren Förderung der Informationstechnik durch die Bundesregierung gezogen. Die Defizite der bisherigen Förderung würden aufgezeigt und konkrete Vorschläge zum Abbau dieser Defizite gemacht. Beispielsweise sollten bei der industrienahen Förderung die kleinen und mittleren Unternehmen stärker berücksichtigt werden, anstatt wie bisher einen Großteil der Fördermittel

einem einzigen Großunternehmen, nämlich der Firma Siemens, zukommen zu lassen. Im übrigen sei festzustellen, daß in der Vergangenheit vor allem solche Firmen Wachstumsimpulse am Markt ausgelöst hätten, die gar keine Förderung durch den Bund erfahren hätten. Allein schon deshalb müsse das Förderkonzept der Bundesregierung überprüft und mit Sicherheit geändert werden.

Die Vertreter der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. weisen darauf hin, daß dem Ausschuß seit Ende Oktober 1997 das neue Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie „Innovationen für die Wissensgesellschaft“ (Ausschuß-Drucksache 13-753) vorläge. Falls es in der Vergangenheit Defizite bei der Forschungsförderung in diesem Bereich gegeben habe, würden diese durch das neue Programm beseitigt. Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalte falsche Behauptungen und falsche Zielsetzungen, die zurückgewiesen werden müßten, beispielsweise die geforderte Trennung der Forschungsförderung und der wirtschaftsnahen Technologieförderung. Statt dessen müßten diese beiden Bereiche noch stärker als bisher miteinander verzahnt werden. Auch sei es falsch, wenn die Grundlagenforschung auf Kosten der anwendungsnahen Forschung gestärkt werden solle. Ebenso sei die Behauptung falsch, in Deutschland würde die Förderung der Software-Technologie vernachlässigt. Der Antrag sei deshalb abzulehnen.

Der Vertreter der Fraktion der SPD vertritt die Ansicht, daß die Bundesregierung im Vergleich zur Regierung der USA bei der Förderung von Forschung und Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik zu wenig tue. Im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik sei Europa gegenüber den USA ein Entwicklungsland. Die besten Köpfe aus unseren Hochschulen würden in die USA abwandern. Vor allem sei es dringend erforderlich, die Entwicklung der Software-Technologie in Deutschland und in Europa stärker zu unterstützen. Die Fraktion der SPD beabsichtige, auf der Grundlage des neuen Programms der Bundesregierung einen eigenen Antrag zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnik im Deutschen Bundestag vorzulegen. Deshalb würden sich die Mitglieder der Fraktion der SPD zum vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten.

Der Vertreter der Gruppe der PDS unterstützt die Aussagen im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Forderung nach einer verstärkten Förderung des Bereichs Informations- und Kommunikationstechniken. Dies geschehe vor allem in der Erwartung, daß die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Maßnahmen beschäftigungswirksame Effekte zeigen werden.

Der Ausschuß verabschiedet die vorgenannte Beschlußempfehlung in seiner Sitzung am 14. Januar 1998 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Bonn, den 14. Januar 1998

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)

Berichterstatter

Jörg Tauss

Berichterstatter

Dr. Manuel Kiper

Berichterstatter

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt

Berichterstatter